



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel** und **Fraktion (AfD)**

Haushaltsplan 2023;

hier: Neue Gründerkultur für Bayern V - Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Initiative „Gründerland Bayern“ (Kap. 07 03 Tit. 686 65)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 07 03 wird der Ansatz im Tit. 686 65 (Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Initiative „Gründerland Bayern“) von 2.750,0 Tsd. Euro um 1.250,0 Tsd. Euro auf 4.000,0 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus den in Kap. 07 05 Tit. 893 75 eingesparten Mitteln.

Begründung:

Bayern braucht innovative Start-ups, die schnell wachsen und global erfolgreich sind. Zugleich muss der Abfluss von Know-how verhindert werden, denn Start-ups wandern ins Ausland ab, wenn sie dort bessere Finanzierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten vorfinden.

Nach Daten des Landeamts für Statistik ist die Gründungsdynamik in Bayern rückläufig. Zwischen 2005 und 2021 hat sich die Zahl der Neugründungen um 20 Prozent verringert. Im Jahr 2023 lag Bayern beim Anteil der Existenzgründungen unter den anderen Bundesländern nur auf Platz 3.

Eine enge Vernetzung zu anderen Start-ups (69,3 Prozent) und ein guter Zugang zu Hochschulen (76,1 Prozent) sind laut einer aktuellen Studie die wichtigsten Kriterien für ein gutes Start-up-Ökosystem.

Eine amerikanische Studie aus dem Jahr 2012 fand überzeugende Beweise dafür, dass staatliche F&E-Zuschüsse (F&E = Forschung und Entwicklung) die wirtschaftliche Rentabilität (d. h. das Überleben) der Empfängerunternehmen verbesserten, was auf eine Lockerung der finanziellen Beschränkungen hindeutet. Die Wahrscheinlichkeit, dass geförderte Start-ups drei Jahre nach dem Wettbewerb überleben, ist um 15 bis 25 Prozent höher als bei ansonsten vergleichbaren Bewerbern, die keine Förderung erhalten haben. Der Erhalt staatlicher F&E-Fördermittel verbessert auch die Anschlussfinanzierung für Neugründungen. Eine neue Studie zu den Effekten staatlicher Förderung von Unternehmensgründungen in Osteuropa kam zu ähnlichen Ergebnissen.